

Mündliche Anfragen

zur 14. Fragestunde

in der 57. Plenarsitzung vom 8. März 2018

1. Anfrage des Abg.
Klaus Burger CDU

Eingang: 13. 02. 2018

Ernährungsführerschein

- a) Welche Erkenntnisse, insbesondere auch im Hinblick auf die Vermittlung von wichtigem Basiswissen in Bezug auf eine gesunde Ernährung, das Interesse der Kinder an diesem Angebot etc., konnten im Zusammenhang mit dem Ernährungsführerschein bislang gewonnen werden?
- b) Wie stellt sich der Landesregierung das Interesse der Lehrerinnen und Lehrer an den von der Landesinitiative Bewusste Kinderernährung (BeKi) des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz angebotenen Lehrkräftefortbildungen dar?

2. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 21. 02. 2018

Genehmigungsdauer für die Freigabe von Landesmitteln für Hochwasserschutzmaßnahmen als Folge der Flutkatastrophe im Mai 2016 in den Gemeinden Wolpertshausen, Gerabronn, Ilshofen, Kirchberg und Langenburg des Landkreises Schwäbisch Hall

- a) Welche Gründe sind ausschlaggebend dafür, dass – mittlerweile 18 Monate nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe vom Mai 2016 – Stand heute noch immer keine abschließende und belastbare Zusage über die Höhe der finanziellen Mittel, welche die genannten Gemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall seitens des Landes für den Ausbau verschiedener Hochwasserschutzmaßnahmen erhalten sollen, vorliegt?
- b) Was gedenkt die Landesregierung insbesondere im Hinblick auf einen so zeitnah und wirkungsvoll wie nur irgend möglich anzustrebenden Schutz der örtlichen Bevölkerung zukünftig an konkretem Regierungshandeln zu unternehmen, um die betroffenen Gemeinden und deren Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich deutlich rascher und effizienter bei der Realisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen zu unterstützen?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 22. 02. 2018

Nutzung von regionalen Grünzügen als Standorte für Fotovoltaikanlagen zur Erreichung der Klimaziele des Landes, insbesondere im Hinblick auf derartige Flächen entlang der Bundesautobahn A 6 im Bereich der Region Heilbronn-Franken

- a) Wie beurteilt die Landesregierung das Potenzial und die aktuelle Genehmigungspraxis für Fotovoltaikanlagen im Hinblick auf deren Anteil an der Realisierung der Klimaziele des Landes im Bereich der Region Heilbronn-Franken, insbesondere mit Blick auf die Nutzung von regionalen Grünzügen entlang der Autobahn A 6?
- b) Was sind die Gründe dafür, dass trotz einer in der Teilfortschreibung des aktuellen Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 verankerten Forderung nach einer „mehrfachen Steigerung der fotovoltaischen Stromerzeugung“ eine entsprechende Anlage auf der Gemarkung der Gemeinde Öhringen einstweilen nicht genehmigt wurde, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich eine anderweitige Nutzung der besagten landwirtschaftlichen Fläche, beispielsweise zur Herstellung pflanzlicher oder tierischer Erzeugnisse, als wirtschaftlich nicht umsetzbar erwiesen hat?

4. Anfrage des Abg.
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 22. 02. 2018

Umgang mit Bewerbern für den Polizeidienst

- a) Trifft es zu, dass an Bewerberinnen und Bewerber, die den internen Test für den Polizeidienst bestehen, keine Information erteilt wird, wenn spätere Bewerber beim Test mehr Punkte erhalten und der frühere Bewerber dadurch in der Einstellungsliste auf einen hinteren Platz rückt?
- b) Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um dauerhaft mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst zu gewinnen und dabei die Fairness des Bewerbungsverfahrens zu wahren?

5. Anfrage des Abg.
Stefan Herre AfD

Eingang: 22. 02. 2018

Schließung von Stützpunkten der freiwilligen Feuerwehren in Baden-Württemberg aufgrund von Personalmangel

- a) Welche Gemeinderäte in Baden-Württemberg müssen aus Sicht der Landesregierung in naher Zukunft in ihren Kommunen ihren freiwilligen Feuerwehren die Auflösung mangels aktiver Einsatzkräfte vorschlagen?
- b) Wie viele Feuerwehren in Baden-Württemberg können nicht mehr zum Einsatz ausrücken, da sich im Ernstfall am Feuerwehrgerätehaus zu wenige aktive Einsatzkräfte – mangels Freistellung durch ihren Arbeitgeber – einsatzfähig melden und der Einsatz an diesem Standort deshalb mit der Meldung „Nicht einsatzfähig“ abgebrochen wird?

6. Anfrage des Abg.
Raimund Haser CDU

Eingang: 01. 03. 2018

Zugausfälle der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) zwischen Memmingen und Lindau

- a) Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Qualität des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke Wangen–Aulendorf seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017?
- b) Für welche konkreten Maßnahmen wird sie die von der RAB geleisteten Strafzahlungen verwenden, um die Qualität des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke Wangen–Aulendorf zu verbessern?

7. Anfrage des Abg.
Ramazan Selcuk SPD

Eingang: 02. 03. 2018

Zugbegleiter auf der Neckartalstrecke Stuttgart–Tübingen

- a) Trifft es aus Sicht der Landesregierung zu, dass in den Regionalverkehrszügen auf der Neckartalstrecke zwischen Stuttgart und Tübingen seit geraumer Zeit so gut wie keine Zugbegleiter bzw. Zugbegleiterinnen mehr im Einsatz sind?
- b) Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, ob die Deutsche Bahn AG in den Regionalverkehrszügen auf der Neckartalstrecke dazu übergegangen ist, statt fester Zugbegleiter bzw. Zugbegleiterinnen nun sporadisch Sicherheitspersonal einzusetzen, das die Sicherheit im Zug gewährleisten soll, jedoch keine systematische Fahrscheinkontrolle mehr durchführt?